

Aufbruch aus einer neuen politischen Topographie heraus?¹ Überlegungen zu den Grenzen eines parteipolitischen Aufbruchs aus der vielberufenen Gesellschaftlichen Mitte heraus

1. Nach der Wahl auf dem Boden der Tatsachen angekommen

Die Prognosen schienen in den zwei, drei letzten Wochen vor der Wahl für alle, die auf die Chance zu einem radikalen Neuaufbruch im Zeichen von rot-grün-rot gehofft haben, fast allzu schön – sofern sie die Lage nicht wirklich nüchtern zu Ende gedacht haben. In einem Land, in dem eine Mehrheit der Bürger*innen, insbesondere in der vielbeschworenen Mitte unserer Gesellschaft, angesichts des Endes der Ära Merkel augenscheinlich vor allem die Verstetigung vermeintlicher alter Sicherheit mit wieder ein wenig mehr Sozialstaatlichkeit und, angesichts der ökologischen Herausforderungen, ein wenig Neuaufbruch verknüpfen wollten, war ein rot-grün-roter Aufbruch eben eine Illusion – einmal ganz abgesehen davon, dass SPD und Grüne hier wohl vor allem die Chance zu einer Vergrößerung ihres Verhandlungsspielraums mit der FDP gesehen haben - und dass die Linke in verschiedenen Hinsichten kein stabiler Koalitionspartner für Grüne und SPD sein konnte. Die unausgesprochen gebliebene Perspektive, unter der der Wahlkampf zwischen den vier nun nach der Bundestagswahl im politikbetrieb auf Bundesebene prägenden Parteien geführt worden ist, lautete: „*Sicherheit im Wandel*“. Diese Formulierung, die die IG Metall (2021) im Frühjahr dieses Jahres als Titel eines Positionspapiers zu den Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation gewählt hat, ist aus meiner Sicht die treffendste Charakterisierung der im öffentlichen Diskurs verbreiteten Hoffnungen auf so etwas wie einen ‚stabilen Wandel‘ in Zeiten, in denen tiefgreifende Umbrüche auf der Tagesordnung stehen.² Vorliegende erste Wahlanalysen geben Auskunft darüber, wie im Ergebnis dieses öffentlichen Diskurses Wähler*innen unterschiedlicher Altersgruppen und Bildungsniveaus bzw. mit Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Milieus gewählt haben.³ Aber das ist hier nicht mein Thema. Mir geht es um Überlegungen zu dem politischen Prozess *nach* der Wahl, der nun innerhalb des herrschenden Politikbetriebs in Gang kommen

¹ Ich habe die Arbeit an diesem Aufsatz nach der Wahnacht am 28. 09. 2011 begonnen und am 10.10.zunächst abgeschlossen. Nachdem Grüne, FDP und SPD am, 15. 10. mit großer Zuversicht aus ihren Sondierungsgesprächen heraus ein Arbeitspapier vorgelegt und erklärt haben, nunmehr in Koalitionsverhandlungen eintreten zu wollen, habe ich ihn nur wenig verändern und aktualisieren müssen. Im Wesentlichen habe ich nur im Mittelteil von Kapitel 5 zwei neue Absätze eingefügt sowie die abschließenden Thesen um die Thesen 7 und 10 erweitert. Ich sehe mich also durch den Gang der Koalitionsverhandlungen in meiner Analyse weitestgehend bestätigt.

² Siehe dazu Martens 2021a

³ Siehe dazu die Wahlanalyse von Horst Kahr *Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Wahnachtbericht. Erste Deutungen und Hintergründe des Wahlverhaltens, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 27.09.2021 frühmorgens.*

wird, auf den aber auch die mediale Öffentlichkeit und das Handeln zivilgesellschaftlicher Organisationen und Gruppen weiter Einfluss nehmen.

Luisa Neubauer, Sprecherin von Fridays for Future, hat Recht, wenn sie sagt, dass kein Parteiprogramm, auch nicht das von Bündnis 90 die Grünen, die offiziell selbst gesteckten Klimaziele des Pariser Abkommens würde erreichen können.⁴ Niemand habe im Wahlkampf hinreichend klar ausgesprochen, dass es angesichts der Klimakrise um Herausforderungen gehen wird, die wirkliche Veränderungen der Politik und unserer Lebensweise mit sich bringen müssten – und dass es unter diesen Bedingungen um eine sozialverträgliche Gestaltung des Wegs zur möglichst rascher Klimaneutralität geht. Die Dimensionen eines solchen großen Umbruchs werden folgerichtig von den Bürger*innen nicht wirklich (an)erkannt – und insbesondere gilt das für die Älteren, also einen mittlerweile ganz erheblichen Anteil an der Zahl der Wähler insgesamt.⁵ Dem entspricht das Wahlergebnis vom 26. 09.

Die vor allem von der jungen Generation getragene neue Ökologiebewegung Fridays for Future wird sich mit ihren Forderungen nach wirklich tiefgreifenden Veränderungen weiterhin kraftvoll zu Wort melden, um zu erreichen dass die Konsequenzen des von ihrer Seite besonders nachdrücklich geforderten Umbruchs wirklich offen diskutiert werden – ebenso wie die Konsequenzen des Weiter-so. Aber der Wahlkampf ist nun vorbei. In ihm ist zu sehr mit Halbheiten argumentiert worden. Hinter einer vorgeblichen Gemeinsamkeit von Zielen beschreibt die Formel „Sicherheit im Wandel“ die allgemein vorherrschende Erwartung oder Hoffnung bei stärkerer Akzentsetzung auf Fragen sozialer Sicherheit. Im Zuge der gleichzeitigen Profilierung gegeneinander blieben die tieferen Gründe für Unterschiede, oder auch Gegensätze auf allen Seiten mehr oder weniger verhüllt. Zugleich wurden sie zum Teil durch ideologieverdächtige Glaubenssätze unangemessen überhöht.

2. Wie stellt sich die Lage nach der Wahl dar?

Die SPD hat diese Wahl mit 25,7 % und einer Mehrheit von 1,6% der Stimmen gewonnen. Aber es gibt nun erstmals zwei weitere demokratische Parteien, die mehr oder minder stabil zwischen 11 und 15% liegen. Sie haben rechnerisch in den beiden nach der Wahl denkbaren Dreierkoalitionen. Ampel oder Jamaika, immer eine Mehrheit an Stimmen gegenüber der dritten größeren Partei – und sie kommen aus der Opposition. Zugleich aber stehen sie auch für höchst unterschiedliche politische Vorstellungen. Wir erleben so eine Veränderung der ‚politischen Topographie‘. Die Zeit der großen Volksparteien scheint nun auch für die CDU zu Ende zu gehen. Die Krise des Konservatismus hat sie eingeholt. Dabei gehören zu einem halbwegs vollständigen Bild allerdings noch zwei weitere Feststellungen: Wir sind mittlerweile in Gestalt der AfD mit einer gefestigten politischen Rechten konfrontiert - zwar in

⁴ Siehe auch Björn Radke (2021)

⁵ Der Anteil der Wähler zwischen 18 und 30 Jahren betrug 2021 14,7%, der über 60jährigen 37,6%, der über 70jährigen 21% (Kahrs 2021, 23)

sich gespalten, augenscheinlich auch vor einem nächsten Schritt offen antidemokratischer Radikalisierung, aber eben auch mit einer offenbar relativ stabilen Wählerbasis: Und wir haben auf der anderen Seite eine radikale demokratische Linke. Sie hat, massiv geschwächt, so eben noch das Worst-Case-Szenario vermeiden können. Aber auf der Bundesebene spielt sie als potenzieller Machtfaktor vorerst keinerlei Rolle mehr. Der neuen Topographie entspricht es nun, dass zuerst, und vorentscheidend, Gespräche zwischen Grünen und FDP stattgefunden haben – was parallele Sondierungen in Richtung auf die beiden früheren Volksparteien selbstredend nicht ausgeschlossen hat. Im Ergebnis kann es nur eine Dreierkoalition geben. Aber was ist von diesen Verhandlungen zu erwarten?

Der Wahlkampf ist von Union und FDP zuletzt als „Lagerwahlkampf“ gegen rot-grün-rot geführt worden. Diese These haben sie, die drohende Niederlage vor Augen, zuletzt höchst offensiv vorgetragen - und letztlich argumentierte die Union am Wahlabend sogar, dass sie diesen „Lagerwahlkampf“ am Ende immerhin noch gewonnen hätten – trotz ihrer verheerenden Niederlage -, denn mit der Linken kann es nun keine rot-grün-rote Mehrheit geben. Fast sofort nach Schließung der Wahllokale schien es dann so, als gäbe es die vorher behaupteten Lager überhaupt nicht. Der erste Impuls von CDU/CSU war nun, die Grünen für einen „Aufbruch aus der Mitte“ zu gewinnen. Es gehe nun um eine „Zukunftscoalition“, so der neue Name für Jamaika. Verfolgt wird so zugleich die Absicht, nicht nur die AfD, sondern ebenso die Linke an den Rändern aus aller Politik herauszuhalten. Dies sei die zentrale Botschaft dieser Wahl. Dass die Wahl so ausgegangen ist und dass nun diese Botschaft z. T. verfängt, daran hat die Linke selbst allerdings ein hohes Maß an Schuld. Joachim Bischoff u.a. (2021) verweisen zu Recht darauf, dass die Linke *ihre politische Akzeptanz seit Jahren schleichend verloren habe* – und dass sich *innerparteilich kein Erneuerungs- und Aufbruchsprozess* abzeichne. Auf die bei der Linken angekündigte Fehlerdiskussion – nicht im Wahlkampf, sondern in den Jahren zuvor – darf man gespannt sein, insbesondere wenn man Sympathien mit ihnen verbindet.

Die Unionsparteien haben am Wahlabend also bemerkenswert offensiv auf das Wahlergebnis reagiert. Fast agierten sie so, als gäbe es ihre verheerende Wahlniederlage überhaupt nicht. Ihre Repräsentanten sind eben zutiefst davon überzeugt, dass sie im Grunde immer die führende Kraft deutscher Politik zu sein haben. Hinzu kam, dass das politische Überleben ihres Parteivorsitzenden und Kanzlerkandidaten nun ganz allein vom Erfolg seines Versuchs abhing, doch noch mit seiner „Zukunftscoalition“ Kanzler zu werden. Wir haben mithin eine Art „Flucht nach vorn“ erlebt. Im Maße, wie die persönliche Motive Armin Laschets öffentlich diskutiert und sichtbar wurden – und es zugleich innerhalb der Union heftiger rumort – ist ihre Option einer Jamaika-Koalition allerdings ausgesprochen prekär geworden. Seit dem 07.10. war sie höchst unwahrscheinlich.

Vorentscheidend für das Gelingen jedweder Dreierkoalition sind aber von Anfang an die Gespräche zwischen Grünen und FDP gewesen. Die FDP definiert sich im Verhältnis beider als auf gleicher Augenhöhe stehend - nicht zuletzt aufgrund ihrer vergleichbar guten Wahlergebnisse bei Erst- und Jungwählern!⁶ Tatsächlich aber liegen zwischen ihren 11,5 und den 14,8% der Grünen immerhin 3,3% der Stimmen. Die FDP versucht also auf ihre Weise ebenfalls offensiv mit dem Wahlergebnis umzugehen. Auch ihre Offensive zielt auf einen Aufbruch aus der Mitte – und leibäugelte zunächst deutlich mit der Jamaika-Variante. Einen solchen Aufbruch aus der Mitte der Gesellschaft heraus hat aber insbesondere Robert Habeck schon sehr früh und bemerkenswert klug durchdacht.⁷ Nach ersten Gesprächen zwischen Grünen und FDP haben dann erste Dreiergespräche am 07.10. mit dem Ziel der Bildung einer Ampelkoalition begonnen. Acht Tage später sind sie in die Absicht gemündet, in Koalitionsverhandlungen einzutreten.

3. Welche Aussichten könnten sich eröffnen?

Um hier einen klaren Blick zu bekommen, muss man sich in die Perspektive der Berufspolitiker*innen hineinversetzen, oder genauer, derjenigen unter ihnen, die für die im ‚Politikbetrieb‘ etablierten politischen Parteien stehen. Sie sehen sich sämtlich in der Verantwortung für ihr Land. - und es ist ein grober Fehler mancher Linker, dies faktisch, oder im Stillen, anzuzweifeln, indem sie ihnen allein die Verfolgung bornierter Partialinteressen vorhalten. Zum Selbstverständnis aller fest im politischen Spektrum etablierten Parteien gehört, dass sie untereinander verhandlungs- und Kompromissfähig sein müssen, und wollen. Man sollte dieses Selbstverständnis ernst nehmen und deshalb auch nicht von der *Berliner Republik im Machtvakuum* sprechen (Bischoff u.a. 2021) – zeichnete sich doch schon am Wahlabend selbst ab, dass und wie nun Sondierungen auf der Suche nach vielleicht doch neu zu denkenden Lösungswegen in Gang kommen würden. Allerdings sind bei jeder denkbaren Koalition, also Ampel oder Jamaika, höchst schwierige Koalitionsverhandlungen zu erwarten gewesen.

Die Wahlsieger SPD, Grüne und FDP, und ebenso die nach ihrer schweren Wahlniederlage in ihrem Status als Volkspartei massiv gefährdete Union, agieren ja alle in einem quasi systemischen Kontext, der Zwänge setzt. Das gilt allgemein angesichts der Herausforderung durch autokratische Regime um die EU herum, aber auch in einigen ihrer Mitgliedsstaaten, wie auch aufgrund der in einigen europäischen Ländern bedrohlicher als hierzulande erscheinenden Herausforderung durch eine neu erstarkte politische Rechte – ganz zu schweigen von den USA.⁸ Und

⁶ Mit dem bemerkenswerten Unterschied, dass die Grünen deutlich überwiegend von den Erstwählerinnen, die FDP von den Erstwählern gewählt worden ist.

⁷ Habecks Buch *Von hier an anders. Eine politische Skizze*, in dem er diese Überlegungen entfaltet hat, ist Anfang 2021 erschienen. Darauf ist im Folgenden im Einzelnen einzugehen.

⁸ Zur Einschätzung der Herausforderungen angesichts einer *Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne* nach den letzten Wahlen in den USA siehe meinen Artikel in der spw

das gilt dann im ‚Zusammenspiel‘ verschiedenster Politikfelder – also von Wirtschaft, Ökologie, Sozialem im nationalen Rahmen, aber auch denen der Europapolitik, die selbstverständlich auch wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Dimensionen hat, der globalen Sicherheitspolitik usw. Da mögen die Grünen die ökologische Herausforderung, die Sozialdemokraten den gesellschaftlichen Zusammenhalt unter der Formel des Respekts und die Liberalen dagegen die Bedeutung freier Märkte und der Initiative der Einzelnen in ihrer jeweiligen Wahlkampf­führung noch so sehr in den Vordergrund gerückt haben, nun geht es um die Gesamtheit der politischen Handlungsfelder in ihrer wechselseitigen Verflochtenheit.

- Es hat in ihrer jeweiligen Lage also durchaus Sinn gemacht, wenn die Spitzenpolitiker von Grünen und FDP erklärten, sie müssten nun zunächst ausloten, wo es trotz aller Unterschiede zwischen ihnen Brücken für gemeinsame Projekte gebe, also für geteilte Perspektiven auf Zeit. Denn bei diesen beiden Parteien liegen die jeweiligen politischen Vorstellungen erkennbar besonders weit auseinander.
- Ob das zielführend sein wird und am Ende eine ‚Ampel‘-Koalition mit ambitioniertem Anspruch gelingt, durfte man zu Beginn der Sondierungsgespräche skeptisch beurteilen. In dem nun beginnenden Klärungsprozess sind ja nicht nur unterschiedliche ökonomische Auffassungen oder Glaubenssätze ins Spiel gekommen. Es galt ‚den Hebel umzulegen‘ – vom Wahlkampfmodus zu einem neuen, anderen, aber dann doch pragmatischen Entwurf von Politik. Ein Kompromiss, nein anspruchsvoller formuliert ein gemeinsames Projekt auf Zeit, wenigstens im Blick auf ganz zentrale Handlungsfelder, und insgesamt eine hinreichend große Zahl von ihnen, schien äußerst schwierig zu entwickeln zu sein.
- Klar war aber auch, dass es bei den Grünen, unbeschadet ihres klaren Wahlprogramms, immer schon eine starke parteiinterne Strömung gibt, die sie als eine Art neuer linksliberaler Partei erscheinen lässt. Das bedingt eine besondere Konkurrenz gegenüber einer wirtschaftsliberalen FDP, verweist aber eben auch auf mögliche Schnittstellen. Umgekehrt ist die FDP - so sehr sie auch einen ganz auf ihren Vorsitzenden zugeschnittenen Wahlkampf geführt hat – auch nicht ganz so monolithisch wirtschaftsliberal, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Es sei daran erinnert, Ihr Thüringer Desaster im März 2020 war dort rechtsliberal begründet. Und sie ist danach abgestürzt. Die bundesweite Wählerzustimmung betrug dann nur noch 5%. . Auch ihr Vorsitzender war damals intern keineswegs mehr unumstritten. Andererseits sind auf der Ebene der Bundestagsfraktionen wechselseitige Kontakte zwischen Abgeordneten von FDP und Grünen durchaus bekannt.

1/2021 (Martens2021b). Dort stehen die Republikaner im Zeichen eines Trumpismus, der alles andere als am Ende ist, ganz überwiegend nicht mehr auf dem Boden eines demokratischen Grundkonsenses.

Hier geht es um Schnittstellen jenseits wirtschaftsliberaler Vereinseitigungen. Es gibt also von beiden Seiten her auch Offenheit einander gegenüber. Möglichkeiten eines Brückenbaus sind bei den ersten Sondierungsgesprächen ausgelotet worden. Aber erst mit den Koalitionsverhandlungen werden die Schwierigkeiten richtig beginnen..

- Die jeweiligen Antworten auf die ökologische Herausforderung - marktorientierte Lösungen bei der FDP (CO²-Steuer), massive staatliche Investitionsimpulse bei den Grünen – standen sich auf den ersten Blick fast unvereinbar gegenüber. Die Steuer- und die Schuldenfrage werden nicht ausgeklammert werden können. Vor allem bei den Wirtschaftsliberalen in der FDP geht es hier um Glaubenssätze, die schier unverrückbar sind. Auch in der Europapolitik stehen unterschiedliche Konzepte einander gegenüber - in Bezug auf die Bewältigung von Staatsverschuldung nach Corona und bei der Frage nach geeigneten Innovationsimpulsen. Das Ergebnis der nun beginnenden Koalitionsverhandlungen darf man mit Spannung erwarten.
- In Bezug auf die soziale Frage werden die Liberalen Zugeständnisse machen müssen, die ihnen angesichts der ‚neoliberalen Glaubenssätze‘ ihres Politikentwurfs schwer fallen dürften. Ein Aufbruch aus der Mitte der Gesellschaft heraus, den FDP und Grüne nun ja propagierten, mag die Herausforderung auf diesem Politikfeld allerdings relativieren, da beide die ökologischen Herausforderungen ins Zentrum rückten. Hier tragfähige Antworten zu finden, wird gleichwohl schwierig werden. Völlig zu Recht haben die Grünen die enge Verknüpfung von ökologischen und sozialen Herausforderungen betont. Es gibt so einige ‚rote Linien‘. Und bei den Gesprächen über eine Ampel gilt das dann ganz massiv auch für die SPD, die ihr Elend mit Harz IV endlich abschütteln will und muss.
- Für die Sozialdemokratie wird nach ihrer ‚Neugeburt‘ wie Phönix aus der Asche viel davon abhängen, ob und wie sie in den nun anstehenden Koalitionsverhandlungen mit den Absichtserklärungen zur Einführung eines Bürgergeldes wirklich das Elend der Harz-Vier-Gesetze hinter sich lassen und ob und wie sie soziale und arbeitspolitische Impulse setzen kann. Ihr Kanzlerkandidat hat für einen Lösungsweg gestanden, der auf dem Boden von einer Art „Resozialdemokratisierung“⁹ einen Aufbruch unter Einschluss

⁹ Im öffentlichen Diskurs ist fälschlich von der Sozialdemokratisierung der CDU unter Angela Merkel die Rede. Tatsächlich ist es aber so, dass erst nach der ‚Entkernung‘ sozialdemokratischer Politik durch die Agenda-Politik, die unter dem Druck des um die Jahrhundertwende herum noch gänzlich ungebrochenen neoliberalen Rollbacks vollzogen worden ist, Merkels fortgesetzte pragmatische Anpassung an vermeintlich unabweisbare systemische Zwänge und Krisenentwicklungen den Eindruck der sinnvollen Fortsetzung vorher rot-grüner Politik entstehen lassen konnte – nun in Gestalt einer unaufgeregten Sachlichkeit, der jegliches Macho-Gehabe des vorherigen sozialdemokratischen Kanzlers fremd war.

auch der Liberalen als Option klar im Auge hatte. Bei ökologischen Einsichten und Angeboten an die Grünen ging es ihm wohl immer schon um einen Kurs, der möglichst viele gesellschaftliche Kräfte zusammenführen sollte. Eben deshalb haben er und die Sozialdemokratie ja für viele Wähler*innen ihre Erwartung von „Sicherheit im Wandel“ und einem moderaten, wohl dosierten Neuaufbruch in die Nach-Merkel-Ära verkörpert.

Das Zehn-Punkte-Ergebnispapier zu den Sondierungsgesprächen zwischen SPD, Grünen und FDP vom 15. 10. 2021 ist vor dieser Vielzahl von Hindernissen, die in den Koalitionsverhandlungen nun, über Absichtserklärungen hinaus, konkret zu überwinden sind, durchaus bemerkenswert. Es heißt darin einleitend, dass die Gespräche *von Vertrauen, Respekt und gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt* gewesen seien, man das fortsetzen wolle und überzeugt sei, *einen ambitionierten und tragfähigen Koalitionsvertrag schließen zu können*. Das Ergebnis der Verhandlungen ist nun abzuwarten. Insbesondere im Hinblick auf die Steuer- und Schuldenfrage darf man gespannt sein, ob und wie *im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse, kreditfinanzierte Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur* im erforderlichen Maße möglich werden, wie weit also Robert Habecks Unterscheidung von Staatsschulden und Krediten für Zukunftsinvestitionen tatsächlich tragen wird.¹⁰ In jedem Fall aber wird der Verzicht auf Veränderungen bei den Substanzsteuern der Absicht Grenzen setzen, der fortschreitenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft wirksam gegenzusteuern. *Respekt und Chancen in der modernen Arbeitswelt zu stärken*, etwa im Bereich der sozialen Dienstleistungen durch *mehr Pflegepersonal und hochwertige Pflege* oder die *soziale Sicherheit bürgerfreundlich zu gestalten*. All das sind auch finanzielle Fragen. Aber jeder Schritt zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums scheinen durch die FDP blockiert zu sein. Ebenso wird sich wohl erst in den Koalitionsverhandlungen herausstellen, wie die erklärte Absicht konkret Gestalt gewinnen kann, *die Europäische Union zu stärken, um Deutschland zu stärken* und *deshalb deutsche Interessen im Lichte der europäischen Interessen zu definieren*. Auch viele weitere Fragen, von der Rentenpolitik über den Wohnungsbau und die Mietpreisbremse bis hin zu Nord Stream 2 oder der Steigerung der Nato-Verteidigungsausgaben, lassen erkennen, dass *der schwere Teil* der Koalitionsverhandlungen erst *jetzt kommt* (Balsler u.a. 2021).

¹⁰ Im Ergebnispapier der Sondierungsgespräche (Handelsblatt 15.10. 2021) heißt es dazu unter Punkt 9 *Zukunftsinvestitionen und nachhaltige Staatsfinanzen: Wir werden im Rahmen der grundgesetzlichen Schuldenbremse die nötigen Zukunftsinvestitionen gewährleisten, insbesondere in Klimaschutz, Digitalisierung, Bildung und Forschung sowie die Infrastruktur. Damit die bereitgestellten Mittel auch eingesetzt werden, müssen Planungsprozesse und Genehmigungen deutlich beschleunigt werden; Investitionssicherheit muss herrschen. Kapitalsammelstellen sollen besser in Zukunftstechnologien investieren können*. Ob sich hier die Liberalen durchgesetzt haben, oder ob eine Formulierung gefunden wurde, die auf weitergehende Öffnungen zielt, ihnen so aber erlaubt, das Gesicht zu wahren, wird sich im Ergebnis der nun beginnenden Koalitionsverhandlungen zeigen.

Im Ergebnispapier der Sondierungsgespräche hat sich sicherlich vieles von den Überlegungen niedergeschlagen, die Habeck in seiner *politischen Skizze* formuliert hat. Es umreißt also einen Zwischenstand, der aus seiner Sicht unumgänglichen Versuchs eines Aufbruchs aus der Mitte der Gesellschaft. Um den genauer einzuschätzen, sind allerdings auch ein paar grundlegendere Gedanken demokratiethoretischer Art angebracht.

4. Es geht um nicht weniger als um ein kleines *Wunder der Politik*

Nach dem Selbstverständnis der politischen Akteure geht es bei den nun beginnenden Koalitionsverhandlungen darum, aus einem ganz erheblichen sachlichen Streit heraus zwischen den nun in Sondierungen und Verhandlungen eintretenden Parteien, nicht nur Kompromisse, sozusagen kleinste gemeinsame Nenner, sondern neue, bessere gesellschaftspolitische Lösungen zu finden. Jenseits der neu hervorgekramten, vermeintlichen Lager ist die Herausforderung dazu wirklich groß. Im demokratiethoretischen Gedankenmodell der Politikwissenschaftlerin Hannah Arendt hieße das, unterschiedliche Interessen klar zu artikulieren und dann solche Interessen zu *übersteigen*¹¹, um zu neuen Lösungen zu gelangen. Aber was bedeutet das?

- Das sozusagen idealtypische Modell der Politikwissenschaftlerin, die zu Recht als eine große unabhängige Denkerin des 20. Jahrhunderts gilt, in ihrem Fach jedoch nie Schulen bildend wirkte, hat das klare Prämissen: Mündige Bürger*innen, hohe Transparenz auch ihnen gegenüber, also Offenlegung der divergierenden Interessen, der jeweiligen Ziele, die oft nur vordergründig die gleichen sind, und dann der unterschiedlichen Vorstellungen dazu, wie diese zu erreichen wären, sind hier zu nennen. Dabei geht es um die Beteiligung potenziell aller am politischen Streit – und schließlich um das „Übersteigen von Interessen“ in der Absicht neue und bessere tragfähige Lösungen zu finden. Das sind, äußerst knapp umrissen die Stichworte, die für sie den Wesenskern von Politik erfassen.
- Im linken politischen Diskurs, der gerne den Begriff der *Interessenpolitik* benutzt und damit letztlich auf eine Zuspitzung von Gegensätzen zielt, wird dieses Politikverständnis Arendts kaum einmal systematisch rezipiert. Hinter dem Begriff einer *Interessenpolitik* könnte man vermuten, dass da noch immer etwas als objektiv gesetztes fortwirkt. ‚Klasseninteressen‘, die es sicher gibt, klingen hier in alter Weise an. Alle Folgeprobleme alter geschichtsmetaphysischer ‚Aufladungen‘ eines Hegelmarxismus könnten da

¹¹ Im Kontext der Debatten eines früheren DFG-Forschungsförderschwerpunkts zur Theorie politischer Institutionen, hat Peter Brokmeier (1994, 169) bei seinem Versuch einer *Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt* diesen für Arendt wichtigen Punkt des Übersteigens von Interessen im, Raum der Politik als einem Raum der Freiheit besonders hervorgehoben.

immer noch irgendwie mitgeschleppt sein. Arendts Verständnis von Politik als eines Raumes der Freiheit und des Streites – und damit der Anerkennung einer Pluralität unterschiedlicher Interessen – wäre dem radikal entgegengesetzt.

- Pluralität ist für Arendt eine fundamentale Kategorie, denn *es bedarf, so schreibt sie, immer einer Pluralität von Menschen oder Völkern und einer Pluralität von Standorten, um Wirklichkeit überhaupt möglich zu machen und ihren Fortbestand zu garantieren.* Und unsere soziale Wirklichkeit, das ist die von uns im Prozess der Zivilisation selbst hergestellte Lebenswelt. *Die aber entsteht nur dadurch, dass es Perspektiven gibt, sie ist nur jeweilig als die so oder anders gerichtete* und von uns praktisch hergestellte und handelnd gestaltete *Ordnung von Welt*dingen und –Beziehungen (Arendt 1993, 105).¹²
- Wenn Detlev Hensche in seinem glänzenden Beitrag zur aktuellen gewerkschaftlichen Debatte um Transformation und Demokratie im *Jahrbuch Gute Arbeit 2021* die *Falle vorschnell verallgemeinerter Interessen* (a. a. O. 110) mit Nachdruck, und völlig zu Recht, betont, dann berührt das exakt diesen Punkt. Das Anerkenntnis von Pluralität als substanzieller Bedingung jeder demokratischen Politik kommt hier zum Ausdruck. Beim *Übersteigen von Interessen*, nachdem diese, klar artikuliert, in den politischen Prozess eingebracht worden sind, geht es für Arendt – solchen Interessenpluralismus zum Ausgangspunkt nehmend – um das Finden neuer Lösungen, die Partialinteressen verknüpfen können. Demokratie ist dann immer mehr als nur die Suche nach einem Kompromiss.
- Arendt weiß aber auch, und sie hat das im Zuge ihrer eindrucksvollen Analyse zur *Lüge in der Politik* am Beispiel der Ostasienpolitik der USA gezeigt (Arendt 1971), dass reale politische Prozesse immer wieder gekennzeichnet sind durch eine Abfolge von fatalen Schritten. Die beginnen mit *Selbsttäuschungen und Täuschungen*. Sie können weiter über *Lügen und Ideologisierungen* bis hin zu *Wirklichkeitsverlusten* führen. Und selbstverständlich gilt diese Gefahr für alle Politikfelder, nicht nur für das der Außen- und der Geopolitik.¹³

Wären alle Prämissen des Arendtschen Politikverständnisses gegeben und wären die Bürger*innen eines Staates als *handelnde Wesen* aktiv an einem ihm

¹² Dass die Welt nicht aus sich heraus perspektivisch ist, sondern wir Menschen unsere Perspektiven auf sie immer erst denkend und handelnd herstellen ist einer der Ausgangspunkte des *neuen Realismus*, den der Philosoph Markus Gabriel in seinen Büchern vehement vertritt. Siehe dazu Martens 2020a.

¹³ Für das neoliberale Projekt der letzten Jahrzehnte lässt sich ja unschwer zeigen, dass es mit einem ‚Spiel auf Zeit‘ (Streeck 2013) mittlerweile unübersehbar immer neue Problemwolken ökologischer, ökonomischer, sozialer und politischer Art vor uns auftürmt (Zinn 2015, Martens 2016). Auch hier ist daher von Ideologisierungen bis hin zu Wirklichkeitsverlusten auszugehen.

entsprechenden politischen Prozess beteiligt, so fänden wir uns wieder – ganz im Sinne der emphatischen Formulierung Arendts in ihren nachgelassenen Schriften zur Politik – in einem Raum der Politik als eines Raumes des Streites und der Freiheit, der das *Wunder der Freiheit* möglich macht (Arendt 34f). Dieses Wunder ist für sie in unserer Fähigkeit begründet, zu Handeln und in solchem Handeln stets die Kraft zu haben, einen neuen Anfang setzen zu können.¹⁴ Das *Wunder der Freiheit* und der Raum und der Sinn von Politik sind für sie ja allererst *in diesem Anfangen-Können beschlossen*. Das wiederum sei, so schreibt sie mit aller Emphase des neu Beginnens, in dem Faktum beschlossen, *dass jeder Mensch, sofern er durch Geburt in die Welt gekommen ist, die vor ihm da war und nach ihm weitergeht, selber ein neuer Anfang ist*.

Im Fall der aktuellen Koalitionsgespräche klingt das alles in dem am Wahlabend gefundenen Begriff der ‚Zukunftscoalition‘ wohl kaum mit an. Keine zwei Stunden nach dem Sieg im „Lagerwahlkampf“ ging es hier nur um die Flucht nach Vorn. Grundlegend neu gedacht wurde dabei sicher nicht. Wohl aber mag man in dem Titel des Buches, das Habeck (2021) zu Beginn des Jahres schon veröffentlicht hat, durchaus etwas finden, das Arendts Denken recht verwandt ist. Der Buchtitel *Von hier an anders. Eine politische Skizze* zielt auf einen wirklichen Neuaufbruch. Aber es geht dann darum - sehr deutlich mindestens ‚eine Nummer kleiner‘ als in den radikaldemokratischen Überlegungen Arendts -, ob Berufspolitiker zunächst zweier, dann dreier demokratischer Parteien in der Lage sein werden, einen solchen gesellschaftspolitischen Prozess wenigstens einzuleiten, obwohl sie sich zuvor im Wahlkampf als Repräsentanten heftig miteinander konkurrierender Parteien mit in zentralen Fragen sehr stark unterschiedlichen Auffassungen präsentiert haben.

Unsere Berufspolitiker sind sich gegenwärtig sicherlich darüber im Klaren, dass ein Scheitern ihrer Bemühungen bei wachsendem Problemdruck am Ende das Vertrauen in demokratische Prozesse bei den Bürger*innen aushöhlen kann. Das jüngste Beispiel der USA haben sie ja vor Augen. Das Problem jedoch liegt darin, dass das theoretische Modell das eine ist, die politische Praxis aber das andere. In dieser Praxis kommen sofort unterschiedliche harte Partialinteressen und auch jeweilige, unterschiedlich stark ausgeprägte ideologische Verbortheiten der politischen Parteien und Interessengruppen ins Spiel. Beides aber wirkt letztlich deshalb massiv, weil jeweils eigene ideologische Befangenheiten nicht durchschaut, hingegen auf der politischen Gegenseite sehr gerne hervorgehoben werden. Man wirft sich wechselseitig Markt- oder Staatsgläubigkeit vor, und man betreibt Politik immer auch als ‚Interessenpolitik‘ für jeweilige Klientelen. Der Weg aus der Krise der liberalen Demokratie heraus stellt sich also als eine immense Herausforderung dar.

¹⁴ Denn *dem Handeln ist es eigentümlich*, so schreibt sie, *Prozesse loszulassen, deren Automatismus dem der natürlichen Prozesse sehr ähnlich sieht, und es ist ihm eigentümlich, einen neuen Anfang zu setzen, etwas Neues zu beginnen, die Initiative zu ergreifen oder, Kantisch gesprochen, eine Kette von selbst anzufangen* (a. a. O. 34).

5. Von hier an anders?

Die wohl bemerkenswerteste Analyse der damit grob umrissenen gegenwärtigen Lage hat unter den derzeitigen Spitzenpolitiker*innen Robert Habeck mit seinem eben erwähnten Buch vorgelegt. Die darin entfalteten Thesen, dass die politische Mitte nicht mehr als mehr oder weniger homogene Bevölkerungsschicht gedacht werden dürfe, weist durchaus Nähe zu soziologischen Milieuanalysen im Anschluss an Pierre Bourdieu auf. Seine Vorschläge, deshalb politisch pluralistisch und dynamisch zu denken, mit einigen wenigen fixen Basiszielen, zu denen der Klimaschutz genauso selbstverständlich zählen müsse wie die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, passen auf die aktuelle Lage. Seine Empfehlungen, Wirtschaftswachstum nicht zu einem Fetisch zu erklären, aber auch nicht fundamental zu verwerfen und den Kapitalismus vor allem mit Schumpeters Konzept der ‚Schöpferischen Zerstörung‘ und weniger mit Marx zu denken, dann aber auch die Rolle des Staates anders zu definieren, erscheinen als durchaus geeignet, erste Schritte in Richtung auf neue Möglichkeitsräume zu eröffnen.

In solchen Möglichkeitsräumen wäre zugleich, so Peter Unfried (2021) in seiner Rezension dieses Buches in der Tageszeitung, ein Raum für die Anerkennung auch des politischen Gegners eröffnet, aber in ihnen wäre auch die Einrichtung beratender Bürgerräte ein unverzichtbares Teilelement.¹⁵ Nahezu alle diese Vorstellungen brechen mit dem Grundmuster des derzeit herrschenden Politikbetriebs, in dem machtpolitisch, in eher kurzfristigen Zeithorizonten und im Zweifel letztlich eben doch eher in politischen Lagern gedacht wird. Im Rahmen dieses Grundmusters wird zwar stets der ‚mündige Bürger‘ proklamiert, aber in Wahrheit wird nicht wirklich mit ihm gerechnet. Deshalb ist die skeptische Einschätzung von Peter Unfried nicht von der Hand zu weisen. Er meint am Schluss seiner Rezension, dass Habecks Analyse zwar auf der Höhe der Zeit sei, aber daran scheitern könne, dass es den proklamierten mündigen Bürger eben nicht gebe.

Bruno Heidelberger (2021) kommt in seiner ausgesprochen umfangreichen, viele andere Rezensenten berücksichtigenden Rezension zu einer ähnlichen Einschätzung: Er sieht in Habecks Buch die *Skizze einer Politik*, die nicht mehr nur reparieren wolle, sondern die die Probleme und Verluste des Fortschritts möglichst gar nicht erst entstehen lassen möchte¹⁶ Habecks *ökonomische und kulturelle Lagebeschreibung der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2021* treffe mit *ziemlicher Sicherheit zu. Gleichwohl gebe es keine Garantie für den politischen*

¹⁵ Zugleich ist aber auch kennzeichnend, dass solche Bürgerbeteiligung von Habeck wesentlich im Blick auf den Raum klassischer bürgerlicher Öffentlichkeit gedacht wird. Solche Stärkung von Bürgerbeteiligung – sozusagen ganz auf der Linie der Arendtschen Argumentation - ist zweifellos wichtig. Aber die aktuellen wissenschaftlichen wie politischen Debatten um Arbeit und Demokratie (Anderson 2019, Martens 2020, FNPA 2021) spielen hier offenkundig keine maßgebliche Rolle. Ich komme auf diesen Punkt noch zurück.

¹⁶ Das Fortschrittsparadigma unserer Moderne ist damit zunächst einmal vorausgesetzt. Auch auf diesen Punkt komme ich noch zurück.

Erfolg, auch wenn die Grünen alles richtig machten. Am ehesten könnte dieser politische Entwurf am konservativen hartnäckigen Beharrungsvermögen von CDU/CSU und ihrer Wählerschaft scheitern.¹⁷

Im Ausgangspunkt der aktuellen Aushandlungsprozesse für Koalitionen ist die Lage nun eine andere. Angesichts einer veränderten politischen Topographie ist zu allererst eine neue politische Mehrheit jenseits der Union möglich geworden. Aber, im Rahmen aktueller Sondierungen und Verhandlungen geht es immer auch (noch) um spezifische Milieus und Wählergruppen, und der Zeithorizont, der erst einmal nahe gelegt wird, ist der von Wahl zu Wahl. Der politische Prozess, um den es dieses Mal gehen müsste, wäre jedoch, angesichts der immens großen Herausforderungen der Zeit, darüber hinausgehend als einer zu verstehen, der dazu verhilft, denkend mehr Klarheit über die wechselseitig vorgetragenen sachlichen Gründe und dahinter stehenden Urteile, Ideologeme und Motive zu gewinnen – und öffentlich transparent zu machen. Mit Habeck ginge es um nicht weniger als darum, Politik von nun an anders zu denken, und seine Überlegungen haben offenkundig Bezüge zum Arendtschen Politikverständnis. Ohne Angst vor Veränderungen und auf Grundlage einer in den Sondierungsgesprächen zu schaffenden hinreichenden Vertrauensbasis käme hier für eine andere Realpolitik alles darauf an, gemeinsam aus einer dynamisch gedachten Mitte der Gesellschaft heraus – und unter potenziell zunehmend aktiver Einbeziehung der Wirtschaftsbürger*innen - zu neuen gemeinsamen Lösungsansätzen zu gelangen – jedenfalls im Hinblick auf definierte Zeiträume, Ziele und Projekte, aber zugleich im Bewusstsein, auch längerfristige Perspektiven im Blick haben zu müssen.

Zu allem, was dem (parteri)politisch entgegensteht, ist weiter vorne das notwendige gesagt worden. Andererseits ließen sich Habecks Überlegungen aber auch weiterdenken - im Sinne eines Einstiegs in einen *grünen New Deal* als eines ersten Impulses zu einer Art *großer Transformation*, über die Karl Polanyi (1978) einmal nachgedacht hat. Die allerdings kann in ihrem Ergebnis ein neues stabiles Fundament vermutlich nur dann finden, wenn *der Kapitalismus* als die *janusköpfige Angelegenheit* wirklich ernst genommen wird, von der Habeck meint, dass sie *1989 entweder nicht gesehen oder überblendet worden ist* (Habeck 2021,265).

Ebenso dürfte gelten, dass die Staaten unserer *atlantischen Zivilisationsgemeinschaft*, um eine Formulierung von Hannah Arendt (1974, 278) aufzugreifen, die gewaltigen ökologischen Herausforderungen unserer Zeit nur dann wirklich mit Aussicht auf Erfolg werden angehen können, wenn sie die sich einander wechselseitig stützenden Dynamiken eines vermeintlich immer fortwährenden

¹⁷ Heidlberger diskutiert Habecks Buch zu einem Zeitpunkt, zu dem im Licht demoskopischer Umfragen noch eine schwarz-grüne Koalition das wahrscheinlichste Zukunftsszenario ist – und auch das Buch selbst ist sicher noch im Hinblick auf eine hohe Wahrscheinlichkeit dieser Variante geschrieben worden.

ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Fortschritts als Kern einer Fortschrittsideologie erkennen, die nach herrschender Auffassung durch eine im Wesentlichen nicht mehr zu verbessernde repräsentative Demokratie in eins sichergestellt und unseren menschlichen Bedürfnissen gemäß gestaltet werden kann. Es sei daran erinnert, dass es mit Hannah Arendt eine der schärfsten Kritikerinnen des Kommunismus gewesen ist, die gesagt hat, dass die großen bürgerlichen Revolutionen, *zwar dem Volk die Freiheit* gegeben haben, nicht aber *den Raum, in dem diese Freiheit auch wirklich ausgeübt werden konnte* (Arendt 1974, 302) . Und zugleich hat sie eingeräumt, selbst wenig gegen die Behauptung der *ungeheuerlichen Unwahrheit* getan zu haben, *unter Freiheit nicht mehr als freie Marktwirtschaft* zu verstehen, *ja sie mitunter auch noch bekräftigt* zu haben (a. a. O., 279).

Hinzu kommt, dass die Konsequenzen der immensen ökologischen Herausforderungen eben auch dort, wo, wie seitens der Grünen, wirklich kritische realpolitische Lösungen gesucht werden, nach wie vor nicht in aller Schärfe ausgesprochen werden. Harald Lesch (2021) hat jüngst in einer seiner Fernsehsendungen völlig zu Recht Hoimar von Ditfurth, sozusagen als seinen Vorgänger auf dem Feld eines kritischen Wissenschaftsjournalismus, mit dem Satz zitiert: *Wir reden immer noch davon, dass die Umweltgefahren drohen. Sie drohen nicht, sondern wir stehen mit beiden Beinen knietief drin.* Die Pointe ist, dass dieser Satz so 1986, also vor 35 Jahren fünf Jahre vor der Klimakonferenz von Rio formuliert worden ist.¹⁸ Bleiben wir in dem seinerzeit von ihrem Autor verwendeten Bild, haben wir damals schon so tief im Sumpf, oder im Treibsand, gesteckt, dass es nicht einfach gewesen wäre, sich wieder daraus zu befreien. Heute ist die Lage deutlich dramatischer. Und das, obwohl Lesch, ebenso wie vor ihm von Ditfurth, auf eine weit zurückreichende Kette wissenschaftlicher Arbeiten verweisen kann, in denen früh prognostiziert worden ist, was heute weitestgehend Stand wissenschaftlicher Forschung ist. Die ökologische Krise, vom Artensterben bis zu den Dynamiken und Folgen des Klimawandels mit seinen drohenden Tipping Points werden sich absehbar fortsetzen. Kritik und Proteste gegenüber einer Politik, die der Entwicklung gegenüber lange weithin untätig geblieben ist und nun versucht, Klimaschutz und weiteres marktwirtschaftliches Wachstum miteinander auszubalancieren, werden sich fortsetzen – womöglich auch zum Teil in radikaleren formen.

Bedenkt man all dies und nimmt man das Erfordernis hinzu, den fortschreitenden sozialen Spaltungsprozessen unserer Gesellschaft zu begegnen, wofür ein spürbar erhöhter Mindestlohn kaum ausreichen dürfte, dann wird sich ein gesellschaftlicher Neuaufbruch schwerlich allein von der gesellschaftlichen Mitte her denken lassen. Er müsste zudem einschließen, die aus einer kapitalistischen ökonomischen Logik heraus forcierte Dynamik, so in eine neue Ära aktiver Staatlichkeit einzubetten, dass

¹⁸ Zu dem breiten Spektrum Hoimar von Ditfurths damaliger publizistischer Arbeit siehe auch seine 1987 veröffentlichten *Reportagen, Aufsätze, Essays eines Menschen, der das Staunen nicht verlernt hat.*

darüber Lebensgewinn durch Entschleunigung möglich wird, denn *die Zeit wird (...) knapp, wenn es um die Bewältigung der gigantischen Probleme geht, die als Folge einer bisher immer stärkeren Beschleunigung auf uns zukommen.*¹⁹ Das aber gilt in einem doppelten Sinne. Rüdiger Safranski (2015, 183) hat diesen Punkt in seinem Buch *Zeit - Was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen* meines Erachtens zutreffend auf den Punkt gebracht und dann weiter geschrieben:

Jedenfalls wird es darauf ankommen, andere Arten der Vergesellschaftung und Bewirtschaftung der Zeit zu entwickeln und durchzusetzen. Zeit und Eigenzeit werden dabei notwendig zum politischen Thema, und es ist leider zu bemerken, dass die politische Klasse das noch nicht so recht begriffen hat. (...) Es ist eine politische Machtfrage, die verschiedenen Geschwindigkeiten - die der Ökonomie und die der demokratischen Entscheidungsprozeduren - aufeinander abzustimmen, was darauf hinauslaufen müsste, die Ökonomie unter die Eigenzeit demokratischer Entscheidungen zu zwingen und nicht umgekehrt (a. a. O. 183f)

Mit dieser ziemlich zwingenden Überlegung würde nun aber Habecks ökonomischer Ansatzpunkt zur Analyse der Widersprüche des Kapitalismus (a. a. O. 149f) – mit Josef Schumpeter und gegen Karl Marx – problematisch. Er liefert zweifellos Ansatzpunkte für einen neuen Aufbruch, der ja pragmatisch an gegebene Bedingungen anknüpfen können muss. Er wäre aber in seiner ökonomischen Dimension zugleich mit dem und gegen das Denken beider Ökonomen weiter zu denken – also einmal gegen die *schöpferische Zerstörung* als ein im Fortschrittsprozess der Moderne gewissermaßen fast selbstverständlich gesetztes Prinzip, auf der anderen Seite aber auch gegen Marxens *absolute Bewegung des Werdens*, die in seinen ‚Grundrissen‘ (Marx 1968,387) noch ganz den Geist Hegelischer Geschichtsmetaphysik atmet. Die demokratisch fundierte neue Einbettung der janusköpfigen Logik des Kapitalismus fordert ein Wunder der Politik das die Dynamik gesellschaftlicher Entwicklung den Erfordernissen *demokratischer Entscheidungsstrukturen* anpasst. Das aber heißt in letzter Konsequenz, dass wir über die die uns beherrschende Fortschrittsideologie neu nachdenken müssen, die die Gesellschaften unserer Moderne zutiefst prägt – und der Arendt (2002, 487) die These eines *losgelassenen Verzehrungsprozesses* entgegengestellt hat.²⁰ Ich habe mich zu einer grundlegenden Kritik der Fortschrittsgläubigkeit, die das Denken

¹⁹ Harald Lesch, der zusammen mit Klaus Kamphausen (2016) die ökologischen Herausforderungen *im Griff des Anthropozän* eindrucksvoll vor Augen geführt hat, hat das Erfordernis solcher Entschleunigung sehr pointiert auf den Punkt gebracht, als er in einer Fernsehdiskussion argumentierte, es sei, m Blick auf den menschlichen Stoffwechsel mit der Natur das Beste *nichts zu tun*.

²⁰ Am Schluss von *Vita activa* (Arendt 1967, 314) mündet dieser Gedanke angesichts ihrer strikten Unterscheidung von Arbeiten-Herstellen-Handeln (zur Kritik Martens 2008) in zutiefst skeptische Überlegungen zum *Sieg des animal laborans*. Nachdem der in den ihn nun prägenden *Strom des Lebensprozesses völlig untergetaucht* sei, bestehe seine *einzig aktive, Individuelle Entscheidung nur noch darin, sich selbst gleichsam loszulassen (...) um dann völlig ‚beruhigt‘ desto besser und reibungsloser „funktionieren“ zu können*.

unserer Moderne seit dem bürgerlichen 19. Jahrhundert zutiefst prägt, ebenso wie den *prophetischen Marxismus*, den Albert Camus (2016) so scharf wie kaum ein anderer kritisiert hat, an anderer Stelle ausführlich geäußert.²¹ Ich kann mich daher an dieser Stelle auf wenige knappe Bemerkungen beschränken.

Die Vorstellungen eines stetigen wissenschaftlich-technischen Fortschritts, ebenso wie die eines immerwährenden wirtschaftlichen Wachstums, sind wirkmächtig; denn unbestreitbar haben uns beide zuvor ungeahnte Möglichkeitsräume eröffnet. Man muss heute aber solche Fortschrittsvorstellungen, die sich aus dieser Entwicklung heraus entweder ideologisch verselbständigt haben oder aber gar in geschichtsphilosophische Konzepte eingebettet gewesen sind, mit vielen guten Gründen als erledigt ansehen. Es gibt keinen Fortschritt, der von der inneren Logik systemisch verselbständigter Prozesse getrieben – wie immer man die dann auch im Einzelnen interpretieren mag – gleichsam aus sich heraus zur Wirklichkeit drängt. Jedes Fortschreiten in eine immer offene Zukunft bedarf politischer Gestaltung und Rahmensetzung. Die ernstzunehmenden aktuellen Debatten um ein mögliches Ende des Anthropozän weisen uns zudem grundlegend auf die Endlichkeit der Ressourcen und letztlich allen Lebens auf diesem Planeten mit harten empirischen Befunden hin. Philosophisch würde ich weiter dazu neigen, dem *weltgeschichtlich (...) wesentlichen Unterschied* zwischen Hegel und Marx zuzustimmen, den Arendt 1951 in ihrem Denktagebuch festgehalten hat: Er liege darin, so hat sie geschrieben (Arendt 2002, 72),

dass Hegel seine weltgeschichtliche Betrachtung nur auf die Vergangenheit projizierte und in der Gegenwart als ihrer Vollendung ausklingen ließ, während Marx sie ‚prophetisch‘ auf die Zukunft projizierte und die Gegenwart nur als Sprungbrett verstand.

Die Zufriedenheit des preußischen Professors Hegel *mit den gegenwärtig bestehenden Zuständen* seiner Zeit bezeichnet sie dann als *empörend* – und insofern sie die Gegenwart *notwendigerweise als das Ende der Geschichte begreifen musste*, auch schon als eine Diskreditierung seiner weltgeschichtlichen Betrachtung. Marxens Projektion auf die Zukunft als *Flucht aus der Logik in die Geschichte* (a. a. O. 94) nennt sie hingegen katastrophal, weil damit aus ihrer Sicht die fehlenden Freiheits- und Politikbegriffe in dessen Denken verknüpft seien.²²

²¹ Siehe dazu meinen Essay *Der Traum vom ewigen Fortschritt. Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas*, den ich zeitgleich zu diesem Aufsatz auf meiner Homepage eingestellt habe. Eine Aufsatzkurzfassung wird 2022 in der Zeitschrift *Sozialistische Politik und Wirtschaft* (spw) erscheinen.

²² Arendt selbst hat ihre systematische Auseinandersetzung mit dem Werk Marxens, die sie als Versuch einer Ehrenrettung begonnen hat, abgebrochen (vgl. Kohn 2011). Im Blick auf den Marxschen Freiheitsbegriff wirft die jüngste Analyse von Urs Marti-Brander (2018) zur *Freiheit des Karl Marx*, die diesen als *Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter* interpretiert, gegen Arendts Urteil zumindest neue Fragen auf. Kritisch zum Politikbegriff bei Marx siehe auch die Analyse von Jacques Rancière (2002).

6. Ein Wunder der Politik ohne Aktivierung der Zivilgesellschaftlichen Akteure?

Wenn der politische Prozess, um den es dieses Mal zwischen den demokratischen politischen Parteien gehen müsste, also einer werden soll, der dazu verhilft, denkend mehr Klarheit über die wechselseitig vorgetragenen sachlichen Gründe und dahinter stehenden Urteile, Ideologeme und Motive zu gewinnen, dann kann der am Ende nicht eine exklusiv parteipolitische Angelegenheit bleiben. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland heißt es im Artikel 21, Absatz 1: *Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. ... Hiernach besitzen Parteien die Funktion, an der politischen Willensbildung des Volks mitzuwirken.* Sie haben also gegenüber dem Volk als dem politischen Souverän im Sinne unserer Verfassung eine dienende Funktion. Das heißt auf der einen Seite: die größere Klarheit über die immensen Herausforderungen unserer Zeit darf nicht die Einsicht einer kleinen Gruppe von Berufspolitikern bleiben, die sie in vertraulichen und vertrauensbildenden Sondierungsgesprächen gewinnen und letztlich in einen Koalitionsvertrag einmünden lassen, der grundlegende Meinungsunterschiede in eins überbrückt, jedoch öffentlich nicht zureichend artikuliert. Und das heißt auf der anderen Seite, dass die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteure, von Interessenverbänden bis zu sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen, also alle die Bürger*innen, die sich ihrerseits in und neben den Parteien aktiv gesellschaftspolitisch engagieren, den Rahmen setzen, innerhalb dessen dieser engere parteipolitische Prozess abläuft, auf den er wiederum zurückwirkt und den der seinerseits ebenfalls weiter verändert. Für die Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit ist zudem die Mobilisierung des Laien-Experten-Wissens und die Schärfung der politischen Urteilskraft der Wirtschaftsbürger*innen durch ihre aktive Teilhabe unverzichtbar. Das kann man exemplarisch anhand von zwei zentralen politischen Themenfeldern verdeutlichen:

- Die Antworten auf die ökologischen Herausforderungen der Zeit bleiben absehbar hinter der Herausforderung zurück, das im Pariser Abkommen formulierte Klimaziel zu erreichen. Schon die im engeren politischen Prozess vertretene radikalste Position, die der Grünen, schafft es nicht, diese Ziele und die gesellschaftlich, etwa. seitens der Wirtschaft und ihrer Interessenverbände massiv artikulierten Interessen und tatsächlichen oder vermeintlichen Handlungszwänge wirklich zusammenzubringen. Ökologisch orientierte Organisationen, Initiativen und Bewegungen – vom *Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)* über die *Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeit (RENN)* bis hin zu *fridays for future* werden hier auf der anderen Seite weiterhin aktiv bleiben, die im Koalitionsvertrag vereinbarten Projekte auf Zeit kritisch ‚unter die Lupe nehmen‘ und ‚die Politik‘ mit weitergehenden Forderungen konfrontieren. Es gilt also Formen zu finden und weiter zu entwickeln, die das Potenzial zivilgesellschaftlicher Akteure im politischen Prozess produktiv machen können.

- Die Herausforderungen zur Wiederherstellung und Sicherung eines dauerhaft tragfähigen sozialen Zusammenhalts unserer Gesellschaft sind mit der Heraufsetzung des Mindestlohns auf 12 € sicherlich nicht zureichend beantwortet. Eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ist innerhalb der Ampel von der FDP offenkundig blockiert. Sie werden weiterhin von Gewerkschaften und Sozialverbänden artikuliert werden – und mit deren Hilfe auch von den abhängig beschäftigten Wirtschaftsbürger*innen selbst. Auch die aktuell wieder erhobene gewerkschaftliche Forderungen, wie die nach einer Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung, werden bei dem parteipolitisch gerade einsetzenden „Brückenbau“ keine Chance auf auch nur ansatzweise Realisierung haben. Aber Forderungen nach einer Stärkung von Mitbestimmungsrechten der abhängig Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen am Arbeitsplatz und im Betrieb – auch in kleinen Betrieben, bei prekärer Beschäftigung und für diejenigen, die scheinselfständig auf Plattformen in der Cloud arbeiten – könnte man sich sehr wohl als mit einem liberalen Selbstverständnis kompatibel vorstellen, das auf die Initiative der einzelnen Vielen im Hinblick auf die Bewältigung der Herausforderungen der Zeit setzt. Angesichts der neuen Wertschätzung systemrelevanter Arbeit nach den Erfahrungen mit Corona gibt es hier für die Gewerkschaften gute Gründe und Ansatzpunkte zur Mobilisierung. Mehr noch als in der Vergangenheit, läge hier für sie ein Ansatzpunkt für eine *neue Politik der Arbeit*.²³ Auch hier ginge es darum, das Laien-Experten-Potential der abhängig Beschäftigten zu nutzen – nicht nur für inkrementelle Formen von Innovation, sondern auch, um so auch in der Sphäre der Wirtschaft individuelle und kollektive Formen von Beteiligung und Interessenvertretung in neuen Formen miteinander zu verknüpfen.²⁴ Auch in der heteronomen Sphäre der Wirtschaft, wo unter gegebenen Verhältnissen das Direktionsrecht herrscht und nicht die Demokratie, ginge es so darum, den Status der Arbeitenden als Wirtschaftsbürger*innen auf Grundlage institutionell befestigter Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte zu stärken.

Ich habe an anderer Stelle (Marterns 2021a) dargelegt, dass unsere Gewerkschaften aus einer vergangenen sozialen Bewegung heraus Institutionen geworden sind, (mit)prägender Teil einer *institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft* (v. Ferber 1961),

²³ Die *Spandauer Thesen des Forums neue Politik der Arbeit* (Glawe u.a. 2006) haben in eben diesem Sinne schon früh gegen das vor der Weltfinanzkrise noch höchst dynamisch erscheinende neoliberale Projekt *für eine neue Politik der Arbeit in einer neuen Zeit* darauf gezielt, den Zwischenstand zu einer bereits mehrjährigen Debatte pointiert zusammenzufassen, um sie so weiter treiben zu können.

²⁴ Es sei daran erinnert, dass das IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban (2016) im Blick auf die Folgen der fortschreitenden Digitalisierung von Arbeit zutreffend im Blick auf die Gewerkschaften davon gesprochen hat, dass für die Zukunftsfähigkeit der Gewerkschaften alles darauf ankommen werde, individuelle aktive Beteiligungsrechte der Einzelnen und verbrieft kollektive demokratische Mitbestimmungsrechte miteinander zu verschränken.

der heute wie diese selbst von Erosionsprozessen ausgezehrt wird. Das hat Konsequenzen für ein sie prägendes institutionelles Denken, für Handlungszwänge, die sich nicht ignorieren können und mithin auch für ihre Handlungsmöglichkeiten. Auch noch nach bald vierzig Jahren eines neoliberalen Rollbacks und angesichts von multiplen Krisenentwicklungen, die sich erkennbar weiter aufürmen, sind sie nach ihrem vorherrschenden eigenen Selbstverständnis vor allem konstruktiv-kritischer Teil der bestehenden Ordnung. Sie stecken aus diesem Grunde in einem ganz eigenen gewerkschaftlichen »Gefangenendilemma« fest, das sich nicht einfach aus den Risiken massiver Mobilisierungsstrategien erklären lässt, die Reste institutioneller Macht gefährden könnten.²⁵ Es mangelt vielmehr auch am Bewusstsein über das Ausmaß der anwachsenden Risiken und an hinreichend klaren Vorstellungen zu einer Alternative. Folgerichtig wird der Begriff der Transformation in jüngsten gewerkschaftlichen Debatten eher unscharf verwendet, bezieht sich aber wohl – so definiert bei Nicole Mayer-Ahuja (a. a. O. 82) - auf *Digitalisierung, die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, Globalisierung, die Neugestaltung von Wertschöpfungsketten, Dekarbonisierung, Elektromobilität* – also auf die tief einschneidenden Umbrüche, die im Fortgang einer Globalisierung auf entfesselten Märkten und im neoliberalen Geist absehbar sind. Die gewerkschaftlichen Vorstellungen zielen somit, dem eigenen Grundsatzprogramm entsprechend, auf Wiederherstellung der sozialen Marktwirtschaft – verknüpft mit einer auf ihrer Grundlage als möglich erachteten hinreichenden ökologischen Modernisierung. Zu der Radikalität, mit der die Demokratiefrag in anderen jüngeren Debatten im Zusammenhang einer Infragestellung kapitalistischer Herrschaft in Betrieb und Unternehmen aufgeworfen wird, markieren die Unschärfe und faktische Begrenzung des Transformationsbegriffs – ausgenommen der Beitrag von Hensche – einen auffälligen Kontrast.

Aus dieser zivilgesellschaftlichen Perspektive heraus wird es also darauf ankommen, von Beginn an auf den nun einsetzenden engeren parteipolitischen Prozess so einzuwirken, dass er sich wirklich zu ersten tragfähigen gesellschaftlichen Zukunftsprojekten entwickeln lässt – und aus ihnen heraus zu einem weitertreibenden gesellschaftspolitischen Neuaufbruch, der das Bewusstsein der Einzelnen im Hinblick auf die immensen Herausforderungen der Zeit ebenso stärkt wie ihre Fähigkeit, damit angemessen in aktiveren Formen umzugehen. Die Gewerkschaften bleiben dafür, unbeschadet meiner eben umrissenen Analyse, unverzichtbar. Die wesentlichen Impulse werden aber eher von einer neuen Ökologiebewegung zu erwarten sein. Es sei daran erinnert, dass es 1968 ebenfalls eine weltweite Studentenbewegung gewesen ist, die wichtige Impulse in Bezug auf die, damals noch deutlich stärkeren und deutlich stärker mit den eigenen Bewegungstraditionen verbundenen Gewerkschaften auszulösen vermochte. Ganz allgemein hat Arendt diesen Aspekt in ihren Überlegungen zur Politik wie folgt ausgedrückt:

²⁵ Siehe dazu meine Argumentation bei Martens 2018 und 2021a.

„Gegen die mögliche Festlegung und Erkennbarkeit der Zukunft steht die Tatsache, dass die Welt sich durch Geburt täglich erneuert und durch die Spontaneität der Neuankömmlinge dauernd in ein unübersehbares Neues hineingerissen wird. Nur wenn man die Neu-Geborenen ihrer Spontaneität beraubt, ihres rechtes etwas Neues zu beginnen, kann der Lauf der Welt deterministisch bestimmt und vorausgesagt werden (Arendt 1993, 50).²⁶

Ganz in ihrem Sinne kann man auch heute diese, durchaus emphatische Formulierung Arendts wieder zitieren.

7. Vorläufig schlussfolgernde Bemerkungen

Man kann gegenwärtig nur darüber spekulieren, was aus ersten ernsthaften Schritten in einen (partei)politischen Prozess hinein möglich werden wird, der gerade in Gang gekommen ist. Man darf also sehr gespannt sein, ob aus dem scheinbaren Patt der beiden Wahlsieger am Wahlabend und dem dann zwar knappen aber eindeutigen Sieg der SPD und aus den Stimmengewinnen von Grünen und auch Liberalen sowie angesichts der kontroversen Positionen in Bezug auf viele wichtige politische Handlungsfelder, die die beiden kleineren, ebenfalls bei der Wahl erfolgreichen Parteien voneinander trennen, in den nun beginnenden Koalitionsverhandlungen ein Prozess entstehen wird, der lösungsorientiert sein, also zu gemeinsamen Projekten auf Zeit führen kann. Der Glaube in die angebotsorientierte Marktökonomie ist vor allem innerhalb der FDP nahezu ungebrochen, unbeschadet wachsender gesellschaftlicher Kritik am Dogma der Austeritätspolitik - insbesondere nach Corona. Man wird also darauf setzen, dass die Grünen angesichts der „Flucht nach vorn“, zu der das (engere) bürgerliche Lager von Union und FDP am Wahlabend anzusetzen versucht hat, ihrerseits an eigenen „roten Linien“ festhalten werden. Die große Frage ist dann, ob es gelingen wird, aus einer Mischung aus Vertrauensbildung, wechselseitiger Offenheit in den vertraulichen Sondierungs- und Koalitionsgesprächen, des Wissens um die gemeinsame Verantwortung der Demokraten und der Einsicht in unabweisbare „systemische“ Zwänge und deshalb die Notwendigkeit, wechselseitig „rote Linien“ zwar zu akzeptieren, aber auch nicht

²⁶ Man kann sich gleichermaßen an einen Satz Albert Camus' aus seinen Essays *Der Mensch in der Revolte* erinnern fühlen, den er so Ende der 1940er Jahre formuliert hat In seinem zeitgeschichtlichen Zusammenhang belassen lautet er (Camus 2016,392): *Die Jugend der Welt steht immer am gleichen Ufer. In das gemeinsame Europa geworfen, in dem, der Schönheit und Freundschaft beraubt, die stolzeste aller Rassen stirbt, leben wir Mediterranen immer im gleichen Licht. Inmitten der europäischen Nacht erwartet das Sonnendenken, die Kultur mit dem doppelten Gesicht, die Morgendämmerung. Aber sie beleuchtet schon die Wege einer echten Überlegenheit.* Deutlich erkennbar steht hier der Gedanke der Gründung eines politisch geeinten Europa im Hintergrund. Camus' mittelmeerisches Denken, ganz in der Tradition der griechischen Philosophie und seine, aus Sicht aktueller Debatten unglückliche Nutzung des Begriffs ‚Rasse‘ für die Griechen der Antike und das *doppelte Gesicht* ihrer Kultur bedürften dann allerdings weiterer Erläuterungen. Aber das ist hier nicht der Punkt. Ich habe mich dazu an anderer Stelle geäußert (Martens 2020b,88-116 und Martens 2020c).

zu eng zu ziehen gemeinsame Projekte auf Zeit zu entwickeln.²⁷ Es geht für die politischen Parteien um nicht weniger als darum, in einem wirklichen Aufbruch Neues zu erproben und zugleich Stabilität zu festigen und Überzeugungskraft zu entfalten.

Die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen müssen dann im Übrigen den jeweiligen Mitgliedern und Wähler*innen der Parteien vermittelbar sein. Vor dem Abschluss eines Koalitionsvertrags wird ja die hohe Hürde von Parteitagsbeschlüssen zu überspringen sein. Man hat hier immer noch gute Gründe zur Skepsis. Würde ein solcher Prozess aber gelingen, wäre das wirklich fast schon ein kleines Wunder der Politik. Für die Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft – und damit auch die Stärkung ihrer demokratischen Ordnung – wäre das zu begrüßen. Angesichts der immensen ökologischen Herausforderungen werden aber Fragen absehbar offen bleiben.

Den Grünen fällt bei all dem im parteipolitischen Prozess eine gewisse Schlüsselrolle zu. Robert Habeck hat die in seinem Buch durchaus klug skizziert. Liest man es, könnte man meinen, geradezu das „Drehbuch“ für den „Film“ in der Hand zu haben, an dem gerade gearbeitet wird, wobei Habeck die Rolle eines der wichtigsten „Regisseure“ zufällt. Eine im Sinne des Umgangs mit den bekannten Machtspielen klug agierende FDP macht ihm das aber nicht leicht. Dass im Übrigen Grüne wie FDP auf ein hohes Maß an Stimmen beider Neu und Jungwähler*innen verweisen können, kommt hier noch hinzu. Was gegenwärtig Hoffnung machen kann ist, dass alle Parteien mit einem weiterhin beachtlichen Druck sozialer Bewegungen wie Fridays for Future rechnen müssen. Sie erzeugen in der öffentlichen Berichterstattung mittlerweile ja durchaus beachtliche Resonanz. Die ökologischen Krisendrohungen sind inzwischen allenthalben konkret erfahrbar, und die Ergebnisse wissenschaftlicher Analysen dazu sind nicht länger von der Hand zu weisen. Neben dem schwer abzuschätzenden Maß an nüchterner Einsicht von Grünen und SPD in die Unabweisbarkeit, das Vertrauen wichtiger Teile der neu hinzugewonnenen Wählerschaft nicht ganz rasch wieder zu verspielen und der Bereitschaft der FDP, sich dieses Mal doch auf einen neuen politischen Prozess einzulassen, kommt ein weiteres hinzu. Wenigstens Teile der Medien kommentieren die aktuellen Herausforderungen, die sie zu bewältigen haben, unter dem Eindruck der ökologischen Herausforderungen und der Krise der repräsentativen Demokratie, wie sie zuletzt vor allem in den USA sichtbar geworden ist, erkennbar offener,

Man mag bei all dem weiterhin Gründe zur Skepsis haben. Aber man muss sich doch zugleich einen nüchternen Blick auf Chancen bewahren. Dann allerdings gilt es, in den Blick zu nehmen, was sich in der Zivilgesellschaft bewegt. Frieder O. Wolf hat in einem Aufruf *Bleibt mutig!* kurz vor Ausbruch der Corona-Pandemie in Richtung auf

²⁷ Wissenschaftliche Beobachter, wie der den Gewerkschaften nahestehende Wolfgang Schröder (2021), haben in diesem Zusammenhang die These vertreten, *die Verhandlungen über eine Ampel* böten für die FDP *eine riesige Chance, sich im Prozess der Regierungsbildung neu zu erfinden. Aus eigener Kraft hätten sie das bisher nicht geschafft.*

die neue Ökologiebewegung im Zeichen von *fridays for future* einen Apell formuliert, in dem zugleich größte Skepsis in Bezug auf den von den politischen Parteien geprägten politischen Prozess unserer Gesellschaft zum Ausdruck gekommen ist: Angesichts der Herausforderungen der Klimakrise hat er im März 2020 geschrieben: *Die Aufgabe ist ebenso dringlich - wie unmöglich zu lösen. Und dennoch ist sie immer wieder anzugehen – und es ist dafür zu kämpfen, sie wieder lösbar zu machen.* Und nach einer knappen Skizze der Lage ist er fortgefahren: *Zugleich bleibt es möglich, eine Politik der Aufklärung zu betreiben, um auch die genannten Herrschaftsstrukturen konkret und wirksam politisch zu thematisieren und dies auf eine Weise, welche die ideologischen Filterblasen durchbricht.*

Zu einer solchen Politik der Aufklärung gehört das intellektuelle Engagement Einzelner ebenso wie das Zusammenhandeln Vieler. Es zielt auf die Verknüpfung höchst unterschiedlicher Handlungsansätze. Zu denen gibt es gegenwärtig ein bemerkenswertes Maß sozialer Bewegung. Sie wäre zur Entfaltung von so etwas wie einer neuen ‚Mosaiklinken‘ erforderlich, an die Wolf hier im Blick auf die zu Beginn des Jahres 2020 höchst vage Chance einer rot-grün-roten Alternative gedacht haben mag. Aktuell ist sie kein Thema mehr. Aber der (partei)politische Prozess, der nun nach der Bundestagswahl eingesetzt hat trägt dazu bei politische Lösungswege neu zu eröffnen. Die wichtigsten Veränderungsimpulse kommen aber nach wie vor von den Akteuren aus der Zivilgesellschaft – und dabei geht es dann immer um die Verknüpfung von Antworten auf die ökologischen wie auch die sozialen Herausforderungen der Zeit. Ähnlich wie schon 1968 kommen die stärksten Impulse allerdings von außerhalb der längst Institution gewordenen, ja inzwischen auch schon von erheblichen Prozessen der Entinstitutionalisierung betroffenen Organisationen der alten, vergangenen Arbeiterbewegung. Die Frage ist, ob und wie ein parteipolitisch aus der gesellschaftlichen Mitte heraus initiiertes Aufbruch solche Impulse zukünftig aufnehmen wird.

Viel wird in jedem Fall darauf ankommen, wie möglichst schon während der laufenden Koalitionsverhandlungen neuer öffentlicher Druck aufgebaut werden kann. Überaus wichtig ist in diesem Zusammenhang, ob und wie sich die zivilgesellschaftlichen Akteure – von *fridays for future* über die Sozialverbände bis hin zu den Gewerkschaften in die öffentliche Debatte einmischen werden. Dass auf der anderen Seite Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände ihre Interessen klar artikulieren werden, ist ja sicher. Aus einer dem entfesselten Marktliberalismus gegenüber kritisch eingestellten progressiven Perspektive heraus formuliert heißt das: Soziale Bewegungen waren und bleiben in unserer Gesellschaft unverzichtbar – und was da in jüngerer Zeit als Jugend- und Schülerbewegung mit *fridays for future* entstanden ist, stimmt hoffnungsvoll. Deren Erwartungen werden im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen absehbar in mancher Hinsicht enttäuscht werden. Es ist leider zu befürchten dass es erst noch weiterer großer gesellschaftlicher Krisen und auch katastrophischer Ereignisse bedarf, ehe es wirklich *von hier an anders* werden kann. Es geht heute entsprechend einer Formulierung, die Hannah Arendt schon vor über fünfzig Jahren gefunden hat, wohl wirklich darum, *dass die atlantische*

Zivilisationsgemeinschaft vermutlich die letzte Chance abendländischer Kultur ist (Arendt 1974,278). Und man fühlt sich zugleich an ihren Satz aus *Vita activa* (1967, 266) erinnert: *Die Welt wird nicht von Ideen verändert, sondern von Ereignissen.*

8. Statt einer Zusammenfassung zehn Thesen

- (1) Das Wahlergebnis spiegelt eine Grundstimmung, wie sie z.B. die IG Metall mit Ihrem Papier *Sicherheit im Wandel* umrissen hat: Neuaufbruch bei möglichst viel Kontinuität; mehr Sozialstaatlichkeit und eher moderate Maßnahmen gegen den Klimawandel. Die Gewerkschaften bewegen sich so in einem Rahmen, der ihnen in unserer institutionell verfassten Arbeitsgesellschaft, die aber unter Erosionsdruck steht, als Institutionen der lebendigen Arbeit durchaus gemäß ist. Olaf Scholz hat diese Orientierung parteipolitisch am überzeugendsten verkörpert: Wahrung von Kontinuität und Aufbruch mit Augenmaß.
- (2) Aber nicht nur die Sozialdemokratie, sondern alle Parteien sind programmatisch hinter der Herausforderung zurückgeblieben, die Ziele der Pariser Klimakonferenz wirklich ernsthaft zu erreichen. Sie haben ihre Wähler*innen daher nicht wirklich mit der Härte der Herausforderungen konfrontiert. Unter den nach der Wahl auf Bundesebene politisch fest etablierten Parteien findet sich am ehesten bei den Grünen eine Verknüpfung von Antworten auf die Herausforderungen der drohenden Klimakrise und der fortschreitenden sozialen Spaltung unserer Gesellschaft.
- (3) Die drohende Klimakatastrophe war zu Recht ein herausgehobenes Wahlkampfthema. Auch dass klimaneutrales Wirtschaften und soziale Sicherheit zusammengedacht werden müssen, schien unstrittig. Prävention und Demokratie in der digitalisierten Arbeitsgesellschaft waren hingegen kein wirkliches Thema. Arbeitspolitische Antworten auf die weiter fortschreitende Digitalisierung von Arbeit spielten über die Formeln von Innovation und Beschäftigungssicherheit hinaus im Wahlkampf kaum eine Rolle.
- (4) Rot-Grün-Rot tauchte erst sehr spät im Wahlkampf als überraschende Chance auf, die entsprechende thematische Erweiterungen hätte befördern können, war aber im Grunde nie eine realistische Option. Es gibt seit längerem einen schleichenden Bedeutungsverlust der Linken. Für SPD und Grüne war Rot-Grün-Rot deshalb vor allem eine Chance, mehr Druck auf die FDP machen zu können.
- (5) Für die Grünen ging es um einen Aufbruch aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Zu Beginn des Jahres Schwarz-Grün, dann mit der kühnen Hoffnung auf Grün-Schwarz, nun im Rahmen der Ampel. Robert Habecks Buch *Von hier an Anders* macht einen solchen Aufbruch zum Thema: gegen die drohende

Klimakrise und für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das Zwischenergebnis der Sondierungsgespräche ist beachtlich, aber die harten Verhandlungen beginnen erst jetzt. Man darf gespannt sein, wie viel Aufbruch im Ergebnis der Koalitionsverhandlungen wirklich zustande kommen wird – und man hat immer noch Gründe für Skepsis.

- (6) Habecks Buch liest sich wie ein, zweifellos kluges, „Drehbuch“ zu dem „Film“, der nun in den Koalitionsverhandlungen produziert werden soll. Der ‚Janusköpfigkeit‘ des Kapitalismus wird Habecks Analyse aber nicht wirklich gerecht, und das an Hannah Arendt geschulte Politikverständnis ist an den (partei)politischen Aufbruch aus der Mitte angepasst. Jeder wirkliche Aufbruch kann jedoch nicht nur aus der viel beschworenen gesellschaftlichen Mitte heraus erfolgen. Er muss die einbeziehen, die schon ‚abgehängt‘ sind – oder weiter abgehängt zu werden drohen.
- (7) An dem Ergebnispapier zu den Sondierungsgesprächen lässt sich die Bedeutung von Habecks „Drehbuch“ sehr klar ablesen. An ihm lassen sich allerdings auch die Grenzen erkennen, die einem parteipolitischen Aufbruch aus der Mitte der Gesellschaft heraus gesetzt sind. Das „Weiter-so“, von Hoimar von Ditfurth schon 1987 zutreffend als Aufruf zu *kollektiver Lernverweigerung* bezeichnet, hat sich erledigt. Aber wir werden noch lernen müssen, dass das uns beherrschende Fortschrittsparadigma einer sehr grundlegenden Überprüfung bedarf und dass das Nachdenken über eine neue, und perspektivisch wohl auch andere, Einbettung der seit Jahrzehnten entfesselten Märkte innerhalb unserer politischen Eliten wohl gerade erst begonnen hat.
- (8) Es geht, das wäre die Grundthese, von der her ich in diesem Aufsatz argumentiere, um einen Aufbruch, der mehr sein muss, als eine gesellschaftliche Modernisierung. Ein gesellschaftlicher Aufbruch, der dem Rechnung tragen könnte, wird heute – so wie das schon immer gewesen ist und sich aktuell an Fridays for Future eindrucksvoll zeigt – aus der jungen Generation heraus forciert – oder in den Worten Albert Camus: *Die Jugend steht immer am gleichen Ufer*. Von der jungen Generation sind die stärksten Veränderungsimpulse zu erwarten. Für sie aber stehen die immensen ökologischen Herausforderungen im Vordergrund.
- (9) Damit ein (partei)politischer Aufbruch die Dynamiken befördern kann, die seine Macher jetzt versprechen, wird es auch zukünftig auf zivilgesellschaftliche Akteure und soziale Bewegungen ankommen – und arbeitspolitisch selbstverständlich auch auf die Gewerkschaften. Dass die sich aber ernstlich links von einer SPD-geführten Bundesregierung positionieren, ist kaum zu erwarten. Es wird weitere „Weckrufe“ brauchen – durch neu

eintretende krisenhafte Ereignisse, aber auch durch Impulse, wie sie das FNPA zu geben versucht.

(10) Es mag sein, dass die aktuellen Veränderungen im politischen Prozess unserer Gesellschaft als eine Art wichtiger Zwischenschritt dazu beitragen können, die beunruhigenden Krisenentwicklungen, denen wir uns gegenübersehen, zukünftig besser lösbar zu machen. Die Chancen, eine wirksame Politik der Aufklärung zu betreiben, scheinen zu wachsen. Es wird aber auch weiterhin darum gehen, die Herrschaftsstrukturen, die unser atlantisches Zivilisationsmodell noch immer prägen, *konkret und wirksam politisch zu thematisieren*. Aber auf dem Weg, dazu *die ideologischen Filterblasen* zu durchbrechen, die den dringend notwendigen nüchternen Blick auf unsere soziale Wirklichkeit versperren, werden noch viele Hindernisse aus dem Weg zu räumen sein.

Literatur:

- Anderson, E. (2019): Private Regierung. Wie Arbeitgeber über unser Leben herrschen (und warum wir nicht darüber reden), Berlin
- Arendt, H (1967): Vita Activa oder vom tätigen Leben, München
- (1971) Lying in Politics, in: New York Review of Books, 18.11., Nachdruck in: Vorgänge, Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 3/2004, S. 3-18
- (1974): Über die Revolution, München
- (1993): Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass, Hgg. Von U. Ludz, München-Zürich
 - (2002): Denktagebuch (hrsg. Von U-. Ludz und I. Nordmann, Zürich
- Balsler, M.; Brössler, D.; Bullion, C. . v.; Gammel., C. (2021): Jetzt kommt der schwere Teil. Die Ampel-Verhandler ringen von Donnerstag an um das Fundament ihrer möglichen Zukunft, SZ, 20.10. 2018
- Bischoff, J.; Müller, B.; Radke, B.; Siebecke, G. (2021): Berliner Republik im Machtvakuum, in Sozialismus 10/2021., S. 2-6
- Brokmeier, P. (1994): Institutionen als Organon des politischen, Versuch einer Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt, in:Göhler, G. (Hg.): die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie, Baden-Baden, S.167-186
- Camus, A. (2016): Der Mensch in der Revolte, Reinbek (31. Auflage)
- Ditfurth, v. H: (1087): Unbegreifliche Realität. Reportagen, Aufsätze, Essays eines Menschen, der das Staunen nicht verlernt hat, Frankfurt und Wien
- Ferber, C. v. (1961): Die Institution der Arbeit in der industriellen Gesellschaft. Versuch einer theoretischen Grundlegung. Habil.-Schrift (nur teilweise veröffentlicht) Göttingen
- FNPA (2021): Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie. Mit welchen Risiken und Chancen hat die Pandemie die Arbeitswelt in Bewegung gebracht? Dokumentation des Online-Workshops vom 10.11. 09. 2021; www.fnpa.eu
- Glawe, H.; Martens., H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Scholz, D.; Wolf, F. O. (2006): Spandauer Thesen. Für eine neue Politik der Arbeit in einer neuen Zeit, in: Scholz, D.; Glawe, H.; Martens, H.; Paust-Lassen, P.; Peter, G.; Reitzig, J.; Wolf, F. o. (Hg.)"Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft, Münster, S. 272-299
- Habeck, R. (2021): Von hier an anders. Eine politische Skizze, Köln
- Handelsblatt (15.10. 2021): Ampel Sondierung von SPD, Grünen und FDP. Das ist das Ergebnispapier
- Heidberger, B. (2021): Rezension zu: Robert Habeck: Von hier an anders. Eine politische Skizze, Köln 2021, in: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/27984.php>,
- Hensche, D. (2021): Phantasie und Handlungsmacht. Voraussetzungen einer Demokratieoffensive, in. Schmitz; C.; Urban, H.—J. (Hg.): Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension in der Arbeitspolitik? Jahrbuch Gute Arbeit 2021, Frankfurt am Main
- IG Metall Vorstand (2021): Arbeitspapier 5/21. Sicherheit im Wandel. Instrumente für die Gestaltung der Transformation
- Kahrs, H. (2021): Die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag am 26. September 2021. Wahlbericht. Erste Deutungen und Hintergründe des Wahlverhaltens, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 27.09.2021 frühmorgens
- Kohn, J. (2011): Denkwege einer politischen Theorie, in: Heuer, W.; Heiter, B.; Rosenmüller, S. (Hg.): Arendt-Handbuch. Leben – Werk - Wirkung, Stuttgart und Weimar
- Lesch, H. (2021)): Manche mögens heiß – aber alle? Fernsehsendung in der Reihe Terra X, verfügbar über YouTube 13.10. 2021
- Lesch, H.; Kamphausen K. (2016): Die Menschheit schafft sich ab. Im Griff des Anthropozän, München
- Martens, H.:(2008):Primäre und sekundäre Arbeitspolitik und Öffentlichkeit. Zum Nutzen einer analytischen Unterscheidung in der Debatte um die Revitalisierung der

- Gewerkschaften, in: Lindner, U.; Nowak, J. Paust-Lassen, P. (Hg.) /2008): Philosophieren unter anderen. Beiträge zum Palaver der Menschheit. Festschrift zum 65. Geburtstag Frieder Otto Wolf, Münster
- (2018): Auswege aus dem gewerkschaftlichen ‚Gefangenendilemma‘? Zu Hans-Jürgen-Urbans Transformationsüberlegungen, in: Sozialismus 2/2018, S. 50-54
 - (2020a): Ich bin und ich habe mich nie, aber wir werden doch! Reflexionen aus Anlass von Markus Gabriels These, dass es die Welt nicht gibt – ein Essay, www.drhelmutmartens.de
 - (2020b): Arbeit und Demokratie. Die Demokratisierung von Arbeit und Wirtschaft nicht nur praktisch-politisch sondern auch philosophisch fundiert neu denken, Dortmund
 - (2020c): Albert Camus‘ Linksnietzscheanismus als epikureische Gelassenheit und politisch-intellektuelles Engagement, www.drhelmutmartens.de
 - (2021a): Gewerkschaften für *Sicherheit im Wandel* oder vor der Herausforderung zu einer *neuen Politik der Arbeit* angesichts ökonomisch-ökologischer Krisendrohungen. Ein Essay, www.drhelmutmartens.de, sozialwissenschaftliche Texte
 - (2021b): Im Angesichts der Krise unseres demokratischen Projekts der Moderne, in: spw, Heft 242, S. 88-96
 - (2021c) Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie. Ein Beitrag im Anschluss an den FNPA-Workshop „Corona und die Folgen für Arbeit und Demokratie“, www.drhelmutmartens.de, Arbeit und Politik
 - (2021d): Der Traum vom ewigen Fortschritt. Zur Kritik des herrschenden Fortschrittsparadigmas, www.drhelmutmartens.de
- Marx; K. (1968): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Frankfurt am Main/Wien (Faksimiledruck der Ausgabe von 1953 von der Europäischen Verlagsanstalt / Europas Verlag, Frankfurt / Wien 1968).
- Marti-Brander, U. (2018): Die Freiheit des Karl Marx. Ein Aufklärer im bürgerlichen Zeitalter, Reinbek bei Hamburg
- Mayer-Ahuja, N. (2021): Demokratie in Zeiten der Digitalisierung? In: Schmitz, C.; Urban, H.-J. (Hrsg): Demokratie in der Arbeit. Eine vergessene Dimension der Arbeitspolitik? Jahrbuch Gute Arbeit, Ausgabe 2021. S.77-88
- Polanyi, K. (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt am Main
- Radke, B. (2021): Klima-Check. Kein Wahlprogramm erreichte die notwendigen Klimaziele, in Sozialismus 10/2021, S. 9-11
- Ramelow, B. (2021): Von der Praxis linken Regierens, in: Sozialismus 10/2021, S. 12-14
- Rancière, J. (2002) Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Safranski, R. (2015): Zeit - Was sie mit uns macht und was wir aus ihr machen, München
- Schröder., W. (2021): „Am Ende könnte auch eine Spaltung der Union stehen“. Der Politikwissenschaftler Wolfgang Schröder prophezeit der Union eine schwierige Zeit der Neuorientierung. Für die FDP sieht er große Chancen in der Ampel, SZ 11.10. 2021
- Streeck, W. (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Frankfurter Adorno-Vorlesungen2012, Berlin
- Unfried, P. (2021): Mitte und gleichzeitig vorn. Mit neuem Politikstil will Robert Habeck die CDU als politisches Zentrum ablösen – und die Bundesrepublik krisentauglich machen. Kleiner geht's nicht?, in TAZ 16.01. 2021
- Urban, H.-J. (2016): Digitale Visionen als Leitbilder? Plädoyer für einen Digitalisierungsrealismus in der Arbeitspolitik, in. Sozialismus , 2/2016,S. 47-55.
- Arbeiterbewegung. (2020a):
- Wolf, F. O. (2020) Bleibt Mutig! Klimakrise. So gigantisch die Aufgabe scheint, sie muss angegangen werden, Der Freitag, 27.02. 2020, S. 14